

# Hohenstein-Grustthaler Anzeiger

## Tageblatt

### für Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Bersdorf

Lugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bersdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Austräger, sowie alle Postanstalten.  
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:  
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).  
Telegramm-Adresse:  
Anzeiger Hohenstein-Grustthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.  
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 25.

Dienstag, den 1. Februar 1898.

25. Jahrgang.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 29. Jan. Reichstag. Bei Eröffnung der Sitzung sind acht Abgeordnete anwesend. Die Beratung des Etats des Innern wird fortgesetzt bei dem Titel Patentamt. — Abg. Hammacher empfiehlt unter Hinweis darauf, daß im Durchschnitt von der Einrichtung des Patents bis zur amtlichen Erledigung desselben 312 Tage verstrichen, eine Vermehrung der Beamten des Patentamts, sowie die Konzeptionspflicht für die Patentanwaltschaft; und zwar soll die Zulassung von Patentanwälten nicht zu sehr abhängig gemacht werden von einem Befähigungsnachweis als von einem Nachweis der moralischen Qualifikation. Sehr zweckmäßig wäre der Zutritt Deutschlands zur internationalen Patent-Union. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Sollten die Geschäfte des Patentamts auch im laufenden Jahre weiter so zunehmen, so wird man sich im nächsten Etat zu einer weiteren Vermehrung des Beamtenpersonals entschließen müssen. Daß das Publikum von einzelnen gewissenlosen Patentanwälten ausgebeutet wird, ist richtig. Ich beabsichtige, zur nächsten Session eine Vorlage über die Stellung der Patentanwälte einzubringen. Was den Anschluß an die Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums anlangt, so hoffe ich, daß unsere Forderungen bewilligt werden und wir alsdann der Union beitreten können. — Das Kapitel „Patentamt“ wird bewilligt. — Beim Kapitel Reichsversicherungsamt beschwert sich der Abg. Mollenbuhr (Soz.) über die Empfehlung der Hülle'schen Schriften durch den Präsidenten des Amts. Das sei eine Gefühlsprophetie, einem erkrankten Sozialdemokraten Schriften zu lesen zu geben, in denen die Sozialdemokratie beleidigt werde. Redner bemängelt weiter die Art der Rentenbewilligung. Aus nichtigen Gründen verweigere man die Vollrente, indem man Vermögenslücke, z. B. Zimmerleute, auf das Cigarren machen verweise. Der Geist der Unternehmer erbelle u. A. aus deren Widerstand gegen die Herabsetzung der Karenzzeit, obwohl diese den Unternehmern nur  $\frac{1}{2}$  Pfg. pro Tag und pro Kopf gekostet hätte. Wie gering seien die Unfallkosten der Unternehmer, bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften pro Kopf 8 Mk. 80 Pfg. pro Jahre, also noch nicht einmal 3 Pfg. pro Tag, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sogar nur 1 Mk. 41 Pfg. pro Jahr, also noch nicht einmal  $\frac{1}{2}$  Pfg. pro Tag. — Ministerialdirektor von Wödtke weist den Vorwurf als unberechtigt zurück, daß die Unternehmer nur auf ihren Profit bedacht seien. Daß die Rentendurchschnitte abnehmen, sei erklärlich Angesichts der Zunahme gerade der kleinen Unfälle, während der Prozentsatz der Unfälle mit voller Erwerbsfähigkeit dauernd in Abnahme sei. Die Angriffe auf die Berufsgenossenschaften seien also haltlos. Auch stehe jedem Verletzten gegen den Bescheid der Genossenschaft Berufung und Revision zu und es sei bekannt, daß das Reichsversicherungsamt stets geneigt sei, das Gesetz eher zu Gunsten der Arbeiter auszuliegen, als zu deren Ungunsten. — Abg. Stumm bestreitet, daß die Hülle'schen Schriften gerade den sozialdemokratischen Kranken aufgenötigt würden. Die Thätigkeit der Berufsgenossenschaften werde, abgesehen von den Sozialdemokraten, allgemein nur lobend anerkannt, und die Thätigkeit des Reichsversicherungsamts sei sogar von Seiten der Sozialdemokratie stets gebilligt worden. — Abg. Singer (Soz.): Der Präsident des Reichsversicherungsamts habe auf hohen Befehl, anscheinend gegen seinen eigenen Willen, die Hülle'schen Schriften empfohlen. Es handle sich hier um einen Akt persönlichen Regiments, worauf die Arbeiter bei den Wahlen antworten würden. — Abg. Fiye (Cent.) bedauert, daß die vorjährige Unfallnovelle diesmal nicht wieder eingebracht worden sei. — Abg.

Hammacher (ntl.) protestirt gegen die Art und Weise, in welcher Mollenbuhr die Unternehmer angegriffen habe. In keinem anderen Lande seien die Arbeitgeber von so humanen Rücksichten geleitet, wie in Deutschland. — Staatssekretär Graf Posadowsky: Wir machen Alle die besten Geschäfte, wenn wir unsere gegenseitige Stellung achten. Die Angriffe in der Hülle'schen Sache möge man gegen den Reichstanzler richten oder gegen seinen Stellvertreter, also gegen mich. Ich habe den Erlaß gezeichnet und ich übernehme jede Verantwortlichkeit dafür. — Abg. Mollenbuhr (Soz.) wiederholt seine Angriffe auf die Unternehmer und die Berufsgenossenschaften. Solche Brutalität wie Nichtachtung des Koalitionsrechts der Arbeiter, sei ihm beispielsweise in Amerika noch nicht vorgekommen. — Abg. Fischbeck (frei. Volksp.) protestirt gegen die Art und Weise, wie von den Sozialdemokraten immer wieder über die Berufsgenossenschaften hergezogen werde, die doch dem Reichsversicherungsamt und seiner Entscheidung die höchste Achtung entgegenbrächten. Andererseits beurteilt Redner den Erlaß betreffs der Hülle'schen Schriften. Wie dürfe man das den Berufsgenossenschaften zumuthen, die sich doch nur an die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben zu halten haben. — Abg. Nebel (Soz.): Einer im Febr. v. J. abgehaltenen Delegirtenversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller hätten zahlreiche Herren von der Regierung beigewohnt, darunter die Herren v. Bötticher und v. Wödtke. Müsse da nicht diesem Unternehmerverband der Ramm schwellen, zumal wenn man bedenke, wie devot die genannten beiden Herren ihrem Dank dafür Ausdruck gegeben hätten, daß es ihnen gestattet sei, der Versammlung beizuwohnen. Das Kapitel wird genehmigt. Zu dem Kapitel für die physikalische Abtheilung der technischen Reichsanstalt wird eine Resolution Schmidt-Eberfeld betr. Herstellung geeigneter Einrichtungen für das Materialprüfungsweesen angenommen, nachdem Staatssekretär Graf Posadowsky versichert hat, es werde schon im nächsten Etat eine entsprechende Einstellung erfolgen.

In Königsberg sind Gerüchte im Umlauf, die sich auf ein Duell beziehen, welches zwischen dem Oberpräsidenten Graf Wilhelm v. Bismarck und dem Oberpräsidialrath Dr. Maubach stattgefunden habe. Das Duell, bei welchem der Oberpräsidialrath Dr. Maubach verwundet worden sei, soll seine Ursache in persönlichen Zwistigkeiten gehabt haben, welche auch die Veranlassung zu der Verlegung des Oberpräsidialraths nach Berlin gewesen sei.

Speyer, 28. Januar. Im Irthum seinen Bruder erschossen hat der Baumeister Graf hier. Als am Sonntag Nacht dessen beide Brüder, von denen der eine Baubeamter, der andere ebenfalls Baumeister ist, nach Hause kamen, machten sie sich am Fensterladen zu schaffen — nach einer Lesart, weil sie den Schlüssel vergessen hatten, nach einer anderen, weil sie, um den dritten Bruder zu ängstigen, das Einbrechen markiren wollten. Thatsächlich wachte der schlafende Bruder auf, vermuthete einen Einbruch und schoß ohne Weiteres zum Fenster hinaus, wobei er einen Bruder zwei Kugeln in den Kopf jagte.

Wien, 30. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Dr. Karl Auer hat soeben ein Patent für ein elektrisches Glühlicht erworben, welches bezweckt, eine Ersparniß am elektrischen Strom und eine größere Leuchtkraft der elektrischen Lampen herbeizuführen. Die Erprobung des neuen Lichtes ist noch nicht abgeschlossen. Die neue Erfindung soll eventuell der Wiener Auer-Gesellschaft übertragen werden.

Anläßlich des Akademertages in Leitmeritz am 30. d. M. wurde ein Aufruf angeschlagen, der die Bewohner auffordert, die deutschen Hochschüler Prags

mit besonderer Herzlichkeit zu begrüßen. In dem Aufrufe wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Studenten in der Landeshauptstadt Prag ein schweres Loos zu tragen haben, von allen Seiten fränkender Unbill und thätlicher Mißhandlung bloß aus dem Grunde ausgeziet sind, weil sie deutsche Studenten sind und ihr deutsches Studententum in dem fanatisirten Prag zum Ausdruck bringen. Von allen deutschen Hochschulen Oesterreichs und zahlreichen Universitäten Deutschlands, unter Anderen von Straßburg, Göttingen, Halle, München, Hannover, Dresden, Leipzig und Breslau langten Zustimmungskundgebungen für die deutschen Professoren und Studenten Prags ein. Die Stadt war beflaggt und illuminiert. Außer den Rektoren der beiden deutschen Hochschulen war auch eine Anzahl Professoren anwesend. Die ca. 800 bis 900 Teilnehmer begaben sich vom Bahnhofe im Zuge auf den Ringplatz und wurden dort vom Bürgermeiner Dr. Junke mit einer Ansprache bewillkommen, in der er auf die zu fassenden Beschlüsse für die Zukunft der deutschen Hochschule hinwies und die Studenten der Unterstützung der deutschen Abgeordneten versicherte. Sodann nahm der Rektor der deutschen Universität in Prag Professor Ulbrich das Wort, um für den herzlichen Empfang zu danken. Nachmittags 3 Uhr begannen die Beratungen des Akademertages. Der Vorsitzende, Abgeordnete Junke schilderte die Behandlung der deutschen Studenten in Prag, gegen die nicht nur der rohe Pöbel, sondern auch sogenannte gebildete Menschen, tschechische Studenten, anstürmten. Im Namen der reichsdeutschen Studenten führte Otto Hetsch Leipzig aus, die deutschen Studenten im Reich wollten sich in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Oesterreichs nicht einmischen, ständen aber an ihrer Seite. Der Studirende Brecher erstattete das Referat und sagte, die deutschen Professoren und Studenten könnten sich in Prag nicht frei bewegen; die Studenten müßten sich durch die Straßen schleichen, sich hüten, daß ihnen kein deutsches Wort entschlüpfe. Der Redner schloß mit den Worten: „Los von Prag!“ In der Erörterung wurde mitgetheilt, daß im Falle der Schließung der Prager deutschen Hochschulen die Studentenschaft aller anderen deutschen Hochschulen in Ausstand treten würde. Unter den Rednern war auch Abg. Wolf, der sagte, das Ministerium sei bereits müde; man glaube an eine baldige Schließung der deutschen Hochschulen Prags. Der Akademertag nahm zwei Resolutionen an, in denen die sofortige Verlegung der deutschen Hochschule in eine Stadt im deutschen Gebiete Böhmens gefordert und bestimmt werde, die Vorlesungen in Prag nicht mehr zu besuchen, falls nicht bis zum 31. Mittags das Verbot des Farbentragens aufgehoben ist. In Prag sei bis zur Verlegung der Hochschule auszuhalten, wenn die Rechte der Studenten gewahrt würden.

#### England.

London, 30. Jan. In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte der Staatssekretär der Kolonien Chamberlain, die hauptsächlichste Gefahr für den britischen Handel wäre eine allmähliche Abschließung solcher Märkte, die früher für alle Welt frei gewesen wären. Die britische Politik müsse die englischen Besitzungen vertheidigen und verlangen, neue Märkte, wo immer solches möglich, zu erschließen, sowie zu verhindern, daß alte Märkte zu Ungunsten Englands verschlossen oder in ausschließliche Monopole irgend eines einzelnen Staates umgewandelt würden. Im gegenwärtigen Augenblick schwebte eine solche Politik über dem Haupte Englands wie ein Damoklesschwert in Westafrika und China. Mit Bezug auf China wünsche England, daß, was immer für neue Vortheile dort gewonnen werden würden, dieselben Allen in gleicher Weise offen stehen sollten. Chamberlain glaubt, daß alle handelstreibenden Mächte im Allgemeinen in dieser Politik übereinstimmen.